



Ein Appell der Landjugend Frankreichs und Deutschlands zur Zukunft der Landwirtschaft und der Ländlichen Räume in Europa

Ein Appell der Landjugend Frankreichs und Deutschlands zur Zukunft der Landwirtschaft und der Ländlichen Räume in Europa
Dieses Jahr feiert die deutsch-französische Freundschaft den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags am 22. Januar 1963 durch den Präsidenten der französischen Republik, Charles de Gaulle, und den deutschen Kanzler Konrad Adenauer. Dieser Vertrag war der Beginn der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, die heute der Motor des europäischen Bauwerks sind. In diesem Rahmen haben sich je fünfzig junge Menschen aus Deutschland und Frankreich, die aus dem ländlichen Raum stammen, anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin getroffen. Sie haben miteinander unter dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Attraktivität, der Infrastrukturen, des Zugangs zu kulturellen Möglichkeiten und der Versorgungseinrichtungen die Zukunftsaussichten des Ländlichen Raums bearbeitet, um konkrete Vorschläge auszuarbeiten, die den Ministern übergeben worden sind. "Die Jugendlichen aus Frankreich und Deutschland erarbeiten gemeinsam wegweisende Signale und nehmen die Zukunft selbst in die Hand. Sie beteiligen sich heute an der Gestaltung der Landwirtschaft von morgen", sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner bei der Internationalen Grünen Woche. Das französische Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Forsten organisiert die "Retour-Veranstaltung" am 26. Februar in Paris, die die Zukunft der Landwirtschaft in den Mittelpunkt rückt. Diese Veranstaltung wird vom deutschen und französischen Landwirtschaftsministerium in engem Schulterschluss mit folgenden Jugendorganisationen durchgeführt: Jeunes Agriculteurs, Familles Rurales, Katholische Landjugendbewegung Deutschlands, Bund der deutschen Landjugend, evangelische Jugend in ländlichen Räumen. Am Dienstag richten die Vertreter der Landjugend die Zusammenfassung der Ergebnisse ihrer Arbeiten vom 21. Januar und vom 26. Februar an die Landwirtschaftsminister von Frankreich und Deutschland, Stéphane Le Foll und Ilse Aigner. Es handelt sich um einen echten Appell der Landjugend, der einen wichtigen Beitrag zu den laufenden Verhandlungen über die Reform der GAP darstellen wird. "Am 21. Januar 2013 haben Deutschland und Frankreich die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik für Europa, die so den Weg für Entscheidungen im Europäischen Rat öffnet, betont. Die Staatschefs haben der GAP ihren Platz als prioritäre gemeinschaftliche Politik Europas durch die finanziellen Mittel, die für sie verwendet werden, bestätigt. Heute freue ich mich sehr, die Botschaft der jungen Menschen zur Zukunft der Landwirtschaft entgegenzunehmen, um sie beim Fortgang der Verhandlungen zu berücksichtigen", versicherte Stéphane Le Foll.

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.